

# Linke Liste Wiesbaden



**EXTRA: zur Kundgebung am 20. März 2003 in Wiesbaden**

## Die folgende Ansprache hielt der Abgeordnete der Linken Liste (LiLi) im Wiesbadener Stadtparlament, Hartmut Bohrer, bei der Kundgebung am 20. März 2003 in Wiesbaden:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

**wieder haben wir es nicht geschafft, tausendfaches Morden zu verhindern, den Mördern in den Arm zu fallen, ehe es zu spät ist. Gefühle der Trauer, der Wut und der Ohnmacht kommen in uns auf.**

**Das Morden stoppen und in Zukunft verhindern können wir aber nur, wenn wir unsere Wut und Trauer verwandeln in Kraft und Macht, indem wir alle um uns herum, zu Hause, am Arbeitsplatz, in unserem Wohngebiet, in den Vereinen und Organisationen, in denen wir tätig sind, auffordern, sich mit uns gemeinsam zu engagieren gegen den Krieg. Jede und jeder Einzelne von uns tragen dafür Verantwortung.**

Auch nach Beginn dieses Krieges muss es das Ziel sein, das verbrecherische Bush-Regime und seine Lakaien international zu isolieren und damit die US-amerikanische Friedensbewegung zu unterstützen, damit sie die Kraft entfaltet, diesen Krieg zu stoppen und künftige zu verhindern. Es ist erfreulich, dass die Friedensbewegung wieder zu einem Faktor geworden ist, der dazu beigetragen hat, dass die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Russlands und anderer Länder diesen Krieg ablehnen. Dabei dürfen wir allerdings einige wichtige Fakten nicht vergessen und verdrängen: Die Anpangerung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der USA hat immer noch nicht dazu geführt, dass die Regierung unseres Landes konsequent jegliche Beteiligung deutscher Soldaten (sei es in AWACS-Flugzeugen oder in „Spür-Panzern“) ausschließt. Völlig ungehindert können die Aggressionsstreitkräfte auch Flugplätze in Deutschland für ihren Krieg nutzen. Auch durch Einsatz deutscher militärischer und polizeilicher Kräfte für US-Einrichtungen in unserem Land, wird dieser Angriffskrieg unterstützt. Dies verbietet Artikel 26 des Grundgesetzes und wir fordern die Bundesregierung und insbesondere den Bundeskanzler auf, entsprechend zu handeln.

Vergessen und verdrängen dürfen wir auch nicht, dass die Demontage der UNO als mögliche übernationale Autorität nicht erst unmittelbar vor diesem Krieg begonnen hat. Auch wurden wir bereits durch den von der deutschen Regierung mitgetragenen Angriffskrieg gegen Jugoslawien daran gewöhnt, Angriffskriege als legitime Mittel der Auseinandersetzung mit anderen Staaten zu betrachten. Fleißig wurde die Illusion genährt, dass man mit Kriegen Demokratie herstellen und Menschenrechten zur Geltung verhelfen kann. Dabei wurden wir durch die Realität doch längst über das Gegenteil belehrt. In einer globalisierten, hoch technisierten Welt taugen Kriege nicht zur Problemlösung, sie türmen vielmehr weitere Probleme auf. Dies zeigen auch die letzten Kriege, gegen Jugoslawien und Afghanistan. Bei der Verschleierung von Kriegsverbrechen und ihrer Vorbereitung haben Fälschungen und Täuschungen der Öffentlichkeit immer eine Rolle gespielt. Und auch in diesem Krieg ist dies so.

Die „psychologische Kriegsführung“ kommt nicht zu kurz. Sie hat eher sogar größeres Gewicht erhalten, müssen doch nicht nur die Bereitschaft zum Töten und Sterben entwickelt, sondern auch gigantische finanzielle Mittel seitens der Bevölkerungen aufgebracht werden.

Schon der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht entlarvte zu Beginn des 1. Weltkrieges die Parole „Gegen den Zarismus“ mit der die deutschen Soldaten und die Parole „gegen den Militarismus“ mit der die englischen und französischen Soldaten auf die Schlachtfelder zum Morden und Sterben geschickt wurden. Die „edelsten Instinkte“ sah er zum Völkerhass missbraucht. Und er fand „Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.“

Ach, wie gleichen sich doch die Dinge, bei aller Unterschiedlichkeit der historischen Situation. Ausgerechnet die USA, die die ehemaligen CIA-Agenten Osama bin Laden



und Saddam Hussein ausgebildet und finanziell aufgepöppelt haben, wollen die Welt von diesen Terroristen befreien und die Völker mit Demokratie, Menschenrechten und Abrüstung beglücken. Ausgerechnet die USA, der am stärksten gerüstete Staat der Welt, der über die reichhaltigsten Arsenale an Massenvernichtungswaffen verfügt und diese bereit ist – auch völkerrechtswidrig und im „Erstschlag“ – einzusetzen, verlangt von anderen bedingungslos Abrüstung. Ausgerechnet der Staat, in dem als einer der wenigen der Welt noch die Todesstrafe vollstreckt wird – selbst an Minderjährigen –, spielt sich zum Musterknaben in Sachen Menschenrechte auf. Wie selten durchsichtig ist die Propaganda dieses Angriffskrieges. Nicht um Demokratie, Menschenrechte, um Schutz vor Massenvernichtungswaffen geht es, es geht um die Kontrolle über Erdölvorkommen, um gigantische Rüstungsgeschäfte, um Kontrolle auf dem globalisierten Weltmarkt. Noch im „Ultimatum“ des Präsidenten George Bush jun. am 18. März 2003 wird der Eindruck erweckt, es ginge um die Befreiung des Irak vom Diktator Hussein, indem der US-Präsident diesem das „Ultimatum“ stellte, binnen 48 Stunden mit seinen Söhnen den Irak zu verlassen. Vielleicht befürchteten die Kriegstreiber, dieser könne tatsächlich den Irak verlassen, denn nur einen Tag später ließ der Sprecher des US-Präsidenten, Ari Fleischer, verlauten: Auch ein Verlassen des Irak seitens Saddam Hussein werde die geplante US-Invasion nicht stoppen.

Abschließend möchte ich noch auf ein anderes Element der psychologischen, sprachlichen Kriegsführung eingehen: Immer wieder wurde in den letzten Tagen von deutschen Politikern, auch auf kommunaler Ebene, die deutsch-amerikanische Freundschaft beschworen. Es wurde gesagt, wir müssten mit „unseren amerikanischen Freunden“ im Gespräch bleiben. Wen meinen die mit „unseren amerikanischen Freunden“?

Ist damit George Bush gemeint oder ein US-amerikanischer Deserteur, der auf dem US-Flugplatz Erbenheim stationiert ist bzw. war? Letzteren könnte ich mir als Freund vorstellen. Ihm und seinen Familienangehörigen sollten wir Asyl gewähren wie auch Deserteuren aus dem Irak und anderen Ländern. Einen Kriegsverbrecher kann ich mir nicht als Freund vorstellen, auch nicht Menschen, die sich willfährig zu Instrumenten dieser verbrecherischen Politik machen lassen.

Die Teilnahme an Empfängen, Gartenparties und geselligen Zusammenkünften mit den Spitzen der US-Militäreinrichtungen vor Ort mit dem Ergebnis, dass man sich gemeinsam freundlich und freundschaftlich lächelnd in der örtlichen Presse abbilden lässt, halte ich für gänzlich unangebracht. Für solche Art von Verbrüderungstendenzen bei anderen Stadtverordnetenfraktionen habe ich kein Verständnis.

Zu recht können wir einfordern, dass sich gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger klar bekennen zur Ächtung des Angriffskrieges wie dies im Grundgesetz und im internationalen Völkerrecht bis hin zur Charta der Vereinten Nationen verankert ist.

**Unser Widerstand gegen den Krieg hat erst begonnen und darf nicht eher enden, bis die Kriegstreiber – weltweit und im eigenen Lande – politisch isoliert sind, so dass sie diesen Krieg beenden müssen und daran gehindert sind, neue Kriege vom Zaun zu brechen. Dauerhafte Kriegsverhinderung erfordert allerdings einen globalen Prozess der Demokratisierung. Dazu kann und muss die Friedensbewegung einen Beitrag leisten.**

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

#### Wie erreichen Sie uns?

**Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,**

**E-Mail: [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)**

**Wann sind wir erreichbar?: Mo, Di, Do, Fr: 10–12 Uhr; Mittwoch: 12.30–19 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr**

**Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6**

**Presser. verantw.: Fraktion Linke Liste Wiesbaden, G. Schmidt – Eigendruck**